

## **Rede zur Bahnprivatisierung** (Plenarsitzung vom 28.08.2008)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Krautscheid. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegt noch eine Wortmeldung des fraktionslosen Abgeordneten Sagel vor, der hiermit auch das Wort bekommt. Bitte schön, Herr Kollege Sagel.

**Rüdiger Sagel**<sup>n</sup> (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben hier gerade gehört, was der Minister uns in bester Beamtenmanier vorgetragen hat. Das ist schon erstaunlich.

*(Zuruf von der CDU: Unverschämtheit!)*

Sie haben mit nichts etwas zu tun. Das interessiert Sie eigentlich auch gar nicht. Es ist wirklich unglaublich, wie Sie hier argumentieren. Ich möchte einmal wissen, was Sie gemacht hätten, wenn es bei diesem Achsbruch ein paar Hundert Tote gegeben hätte und das Ganze nicht so glimpflich ausgegangen wäre, wie es hier jetzt ausgegangen ist.

*(Zuruf von Minister Andreas Krautscheid)*

– Was heißt, hier sind Sie nicht zuständig? Natürlich! Sind Sie hier Minister, oder was sind Sie hier eigentlich? Das frage ich Sie. Ja, was sind Sie denn? Sie haben mit nichts etwas zu tun. Wenn hier ein Unfall mit ein paar Hundert Toten passiert wäre, was hätten Sie denn dann gemacht? Hätten Sie dann auch gesagt, Sie sind nicht zuständig?

*(Zuruf von der CDU: Was soll das denn?)*

Das ist ja unglaublich! Sie sind für die Verkehrssicherheit in Nordrhein-Westfalen zuständig. Was sind Sie denn überhaupt? Das ist eine Frechheit, wie Sie hier argumentieren.

*(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)*

– Die Bahn brauchen wir nicht zu verstaatlichen. Wir müssen gerade verhindern, dass Sie, die Sie hier überall Privatisierung betreiben, weiter Politik machen können. Darum geht es hier in Nordrhein-Westfalen. Wissen Sie, was private heißt? Private heißt rauben. Privatisierung heißt Raub. Das ist das, was Sie hier in Nordrhein-Westfalen machen; Sie privatisieren hier an jeder Ecke und Kante. Dankenswerterweise haben die Grünen das Thema aufgegriffen. Das finde ich sehr gut. Sie haben in Ihrem Antrag auch sehr akribisch dargestellt, worum es hier geht. Nur: Die Konsequenzen scheinen mir noch nicht allesamt zielführend. Im „Monitor“-Bericht vom 14. August zeigte sich, dass die Deutsche Bahn gegenüber „Monitor“ darauf besteht, dass kein Problem mit den Achsen bestünde, während das Eisenbahn-Bundesamt den „Monitor“-Bericht, der Kernpunkte der Kritik des vorliegenden Antrags darstellt, bestätigt. Ergo: Es handelt sich um eine Vertuschung der Bahn. Bleibt die Frage nach den dahinterstehenden Interessen. Bahnchef Mehdorn bereitet aktuell den Börsengang der Bahn vor. Leider ist die SPD auch im Boot. Wenn hier vom Börsenfieber der

Deutschen Bahn geredet wird, wie der Kollege von der SPD das gemacht hat, dann kann ich nur sagen: Ja, da sind Sie auch dabei. Ihre „Stones“ in Berlin sind dabei. Sie verlassen da leider die Linie, die Sie die ganze Zeit hatten. Auch in dieser Frage verlässt die SPD leider wieder einmal die Linie, indem sie dieser 24,9-%-Privatisierung zugestimmt hat.

Aus Sicht von Herrn Mehdorn ist es offensichtlich notwendig, dass die Bilanzen der Bahn möglichst gut aussehen. Dies wird seit 2003 durch systematische Einsparungen auch bei der Wartung erreicht. Die Intervalle zwischen den Wartungen erhöhten sich von 72.000 km im Jahr 2003 auf zunächst 144.000 km und dann 400.000 km, wie es im Antrag steht. Diese Intervallverlängerungen bedeuten eine Einsparung in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro als Extraprofit für die Bahn. Genau darum geht es.

Der Verein „Bahn für Alle“ hat Strafanzeige gegen die Vorstände der DB AG wegen gefährlichen Eingriffs in den Schienenverkehr gestellt. Damit will der Minister nichts zu tun haben. Dessen Handeln stellt eine Gefahr für Leib und Leben der Passagiere dar.

Ungeeignet erscheint es mir daher, die Bahn zur Veröffentlichung der ihr vorliegenden Fakten aufzufordern. Dem wird sie schwerlich nachkommen. Auch die Prüfintervalle wird sie kaum verkürzen, wenn die Politik sie dazu nicht verpflichtet. Solange das Eisenbahn-Bundesamt faktisch eine Außenstelle der Deutschen Bahn AG darstellt, werden derartige Probleme kaum abreißen.

Das zeigt: Wir müssen verhindern, dass die Privatisierung der Bahn weitergeht. Darüber hinausgehend muss die Kontrolle durch die Politik deutlich verstärkt werden. Darum geht es. Und darum ist es auch sinnvoll, hier darüber zu diskutieren.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Mir liegt eine weitere Wortmeldung des Kollegen Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Bitte schön, Herr Kollege Becker.